

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 17 (1937-1938)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

fremden Sprache verdanken, sollten aus unserer hochdeutschen Sprache, also auch aus unseren amtlichen Bekanntmachungen, aus unseren Plakaten, aus unseren Büchern, Zeitschriften und Zeitungen verschwinden. Unsere Bundesbahnen sind mit dem guten Beispiel vorangegangen; daß sie mit dem törichtem „Perron“, statt Bahnsteig, ausgeräumt haben (der Franzose lacht über unsern „Perron“: er sagt für Bahnsteig „Quai“), sollte unsern Beifall finden, und wenn noch tausend Pfahlbauern, Spießbürger und andere Zeitgenossen diesem „Perron“ gesalzene Tränen nachweinen. Wirtshaft ist schöner als dieses nichtsagende „Café-Restaurant“, Gasthof ist gutes Deutsch, Hotel mag der Portier sagen. Fahrkarte ist besser als Billet, ein Wort, das die der französischen Sprache unkundigen Deutschschweizer gar nicht aussprechen können. In der Umgangssprache, die nicht gepflegt zu sein braucht, mögen sie weiter ihren Platz behaupten — im Deutsch unserer Obrigkeit und unserer Ämter haben sie nichts mehr zu suchen.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

**Ausrottung der Kommunisten. / Das Handwerk im Bundesblatt. / Ist der Freisinn am Ende seiner Kräfte? / Der Herr Botschafter macht eine Antrittsvisite. / Für späteren Eintritt ins Erwerbsleben! / Vorbereitung auf den Militärdienst.**

Eine Fabel Gellerts mahnt:

„Man muß, will man ein Glück genießen,  
Die Freiheit zu behaupten wissen!“

Man kann diese Verse auch unserer Demokratie zurufen. Ihre Freiheit, der sie sich so stark rühmt, ist ständig in Gefahr, in das Gegenteil umzuschlagen. Das wundert einen nicht in einer Zeit, welche auswärts die kühnsten staatspolitischen Pläne verwirklicht. Wie alles Geschehen seine Bewunderer hat, so lassen natürlich auch die Staatstheorien des Bolschewismus und des Faschismus da und dort Boden. Sie nützen die Freiheit unserer Staatsform, um unser Vaterland in eine Zwangsherrschaft dieser oder jener Art zu verkehren. Hier im Mittelpunkt Europas, wo die „Achsen“ der höchsten Politik sich kreuzen, wo das freie Wort die größten Meinungsgegensätze aufeinander prallen läßt, gilt es ganz besonders auf der Hut zu sein, damit nicht unversehens die gerühmte Freiheit auf die Weimrute einer Diktatur gerät.

Glücklicherweise erzeugt unsere tiefverankerte Demokratie stetsfort so viel Gegengifte, als zur jeweiligen Abtötung und Austilgung der staatsfeindlichen Keime nötig sind. Und zwar — man sollte es kaum glauben — werden diese Gegengifte jeweils gerade dort erzeugt, wo die Gefahr am größten ist und wo man es nach dem gewöhnlichen Gang der Dinge am wenigsten erwarten würde. So hat die rote Republik Genf aus eigenen Kräften die bolschewistische Diktatur Nicoles beseitigt. Und nun kommt auch der überhäuftig industrielle Kanton Neuenburg: mit wuchtigem Zweidrittelmehr verfügt sein Volk die Ausrottung der kommunistischen Partei und ihrer Anverwandten. Dieses Ereignis ist umso höher einzuschätzen, als es zeigt, daß unser freiheitlich — manchmal nur zu freiheit-

lich — denkendes Volk immer noch bereit ist, das zu tun, was zur Erhaltung des Staates nötig ist. Die Neuenburger hatten da anfangs dieses Jahres ihr empörendes Erlebnis mit den Kommunisten, welche eine bürgerliche Versammlung störten, und wenige Monate später schon präsentieren sie den Ruhestörern das gerechte und notwendige Urteil. Dasselbe Volk also, welches die Ordnungsgesetze vom Jahre 1922 und 1933 verwarf, zögerte nicht, die Freiheit hinsichtlich der Kommunisten stark und grundsätzlich einzuschränken. Wer die Gedankengänge unseres sonst immer für die Freiheit eintretenden Volkes kennt, muß darob in Erstaunen geraten. Nicht eine einzige Gemeinde fand sich zur Verteidigung der Kommunisten bereit, obschon es doch im Kanton Neuenburg linksstehende Ortschaften genug gibt; ja nicht einmal die sozialistische Partei konnte sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus für die Kommunisten einsetzen. Sie wurden einfach allgemein als Schädlinge erkannt und dementprechend behandelt.

Die vorbildliche Tat des Neuenburger Volkes — die hoffentlich Nachahmung findet — darf uns mit Stolz erfüllen. Wie viel wertvoller sind doch solche politische Aktionen, wenn sie nicht von einer hochragenden „Führung“ diktiert werden müssen, sondern direkt aus dem allgemeinen Volksempfinden herauswachsen!

\* \* \*

Unser offizielles „Bundesblatt“ beherbergt derzeit in ständiger Folge eine ganz neue Art von Bekanntmachungen: das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement veröffentlicht die R e g l e m e n t e ü b e r d i e L e h r l i n g s a u s b i l d u n g und über die Mindestanforderungen bei den Lehrabschlußprüfungen in den verschiedensten Berufen. Da kann man lesen, was ein Raminfeger, ein Kürschner, ein Schreiner, ein Coiffeur alles lernen und verstehen muß. Die Lehrzeit wird geregelt, es wird bestimmt, wer einen Lehrling halten darf, in welche Arbeiten der Lehrling einzuführen ist, worin die Prüfung des angehenden Gesellen besteht usw. Beim Einblick in diese Reglemente wähnt man sich unwillkürlich in jene Zeit der alten Zünfte zurückversetzt, von der uns die Schule einstmals erzählt hat. Wieder sind die gleichen Gedanken lebendig: die Förderung und der Schutz des Handwerkes. Nur der Unterschied macht sich geltend, daß heute nicht mehr die Zünfte solche Angelegenheiten selber (unter dem Schirme der Obrigkeit) regeln, sondern daß natürlich der Staat es ist, der auch hier wieder — allerdings nach Fühlungnahme mit den Berufsverbänden — das Wort führt. So will es das Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung vom Jahre 1930, worauf sich die ganze einheitliche Gestaltung des Lehrlingswesens stützt. Stilgerecht nehmen eben die Verstaatlichung, Zentralisierung und Bürokratisierung ihren Lauf, selbst von Kreisen wie den Handwerkern unterstützt, von denen man es eigentlich zuletzt erwarten würde. Ja, was hat denn eigentlich das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement im Ernste zu tun mit der Frage, welche „Nitte, Leim- und Glasorten“ ein Schreiner kennen und anwenden soll, ob der Kürschner das „Anfertigen von Fußsäcken, Kissen und Teppichen aus Pelzabfällen“ verstehen muß, und ob beim Damenhaarschnitt an der Prüfung „Effilation, Nackenlinie und Längenberechnung für die Ondulation“ zu verlangen sind? Man kann wirklich alles zu weit treiben, so weit, daß es gar lächerlich wirkt. Lese man in diesen Reglementen, was und wo man nur will: Es sind alles Angelegenheiten, welche bloß den Berufsstand angehen. Weder die Anforderungen sind von öffentlichem Interesse, noch eignet dem Staat irgendwelche Fachkenntnis, noch ist er besonders in der Lage, bessere Verhältnisse zu schaffen. In allem kommt es bloß auf den Berufsstand und seinen Willen zur Qualität an. Oder was will der Staat z. B. tun, wenn die Berufsleute seine Prüfungen unmerklich lässig durchführen? Wäre es nicht gescheiter, man würde dem Berufsstand selber die Verantwortung und damit auch die Ehre der Verantwortung überlassen, damit er selber darüber wacht, daß das Handwerk hohen Ansehens würdig ist? Wenn der Staat solche Aufgaben bekommt, so muß

man sich nicht wundern, wenn der Wasserkopf der Bürokratie immer weiter anschwillt. Leider tragen gerade die, welche am meisten darüber schimpfen, auch ihr redlich Teil dazu bei.

Historisch betrachtet ist es nicht ohne Interesse, zu beobachten, wie die alten Zünfte mit ihrem handwerklichen Zwang aus Gründen der Freiheit des Handwerkes aufgehoben worden sind und zunächst einer vollen Gewerbefreiheit Platz gemacht haben, und wie heute das Handwerk willig und fröhlich wieder zunftmäßige Beschränkungen aus der freigebigen Hand des Staates entgegennimmt. Es scheint, daß die selbständigen Handwerksmeister so stark von dem Sauerteig der Verstaatlichung, Zentralisierung und der Bürokratie durchdrungen sind, daß sie gar nicht daran denken, ihre Angelegenheiten selber zu ordnen, sondern den Staat zu Hilfe rufen, für dessen Reglementierung sie doch sonst mit Recht nicht viel übrig haben.

\* \* \*

Der frontistichen These vom Absterben des Freisinn haben die solothurnischen Kantonsratswahlen vom 9. Mai einen empfindlichen Schlag versetzt. Die Freisinnigen haben dort nicht nur keine Einbuße erlitten und müssen sich auch nicht mit einem Stillstand begnügen, sondern sie haben sogar einen Gewinn von vier Mandaten zu melden, kraft dessen sie nun im Kantonsrat über die absolute Mehrheit verfügen. Während die Konservativen 38 Mandate und die Sozialisten 31 Mandate, also zusammen 69 Mandate herausbrachten, ziehen die Freisinnigen nunmehr allein mit nicht weniger als 77 Vertretern in den neuen Rat ein.

So etwas könnte nicht vorkommen, wenn nicht in der freisinnigen Partei doch etwas lebendig wäre, was dem innersten Volksdenken entspricht. Einem aufmerksamen Beobachter ist natürlich schon längst aufgefallen, mit welcher Hartnäckigkeit sich die Freisinnigen gegenüber den scharfen und weithin sehr berechtigten Angriffen von allen Seiten, namentlich aber von Seiten der Nationalen Front, halten konnten. Man kann sich das nur dadurch erklären, daß man annimmt, die freisinnige Haltung vertrete einen politischen Charakterzug des Schweizer. Von jeher hat sich unser Volk ja durch einen hervorstechenden Willen zur Selbständigkeit, nicht nur nach außen, sondern auch im Inneren, gekennzeichnet. Viele Bürger finden nun diesen Selbständigkeitswillen entweder grundsätzlich oder gefühlsmäßig am besten beim Freisinn gewahrt, auch wenn sie den Theorien der französischen Revolution oder den Zentralisierungsbestrebungen oder den Kapitaleinflüssen nicht hold sind, und geben ihm deshalb ihre Stimme. So ist der vorliegende Erfolg der Freisinnigen und ihre allgemeine politische Beständigkeit auszulegen. Vielleicht geht die zukünftige Entwicklung gar dahin, daß der Freisinn noch immer mehr das Bodenständige und Gute der Erneuerungsbewegungen in sich aufnimmt, sich so innerlich von der französischen Revolution abwendet und sich auf dem Grunde eines eigentümlich schweizerischen Freiheitsbegriffes aufs Neue festigt. Bei dem politischen Konservatismus unseres Volkes ist es wohl möglich, daß der Liberalismus gewinnt! Aber er wird nur als ein Verwandelter gewinnen.

\* \* \*

pt. — der Schweizerische Preßtelegraph mußte jüngsthin zu melden: „Der französische Botschafter in Bern, Excellenz G. Alphand, stattete am Dienstag-Vormittag in Begleitung des französischen Konsuls in Basel, Padovani, dem Basler Regierungsrat im Rathaus einen offiziellen Besuch ab. Nach Austausch einiger Begrüßungsworte besichtigten die französischen Gäste das Rathaus. Am Mittag fand im Schützenhaus ein von der französischen Kolonie zu Ehren des Botschafters veranstaltetes Bankett statt.“ Bereits am Vorabend hatte die Basler Regierung einer Einladung des Botschafters zu einem Souper Folge geleistet, woran fünf Regierungsräte mit ihren Frauen teilnahmen.



Hierzu zitieren wir aus Fleiners „Bundesstaatsrecht“: „Eine volle völkerrechtliche Handlungsfähigkeit besitzt einzig der Bund. Ihm steht allein das Recht zu, ... Gesandte und Konsuln ins Ausland zu schicken; umgekehrt werden die Gesandten und Konsuln fremder Staaten in der Schweiz beim Bundesrat allein beglaubigt. Der amtliche Verkehr zwischen Kantonen und auswärtigen Staatsregierungen findet durch Vermittlung des Bundesrates statt (BB Art. 10). Die Kantone haben sich des direkten Verkehrs mit auswärtigen Regierungen zu enthalten.“

Dieser Rechtslage ungeachtet begibt sich der Herr Botschafter Frankreichs offiziell zu einer Antrittsvisite nach Basel. Daß er dort mit offenen Armen empfangen wurde, setzt uns weiter nicht in Erstaunen, denn er ist ein hoher Herr, den eine Kantonsregierung schon aus Gründen der Höflichkeit nicht zurückweisen konnte. Dagegen scheint es uns, daß der Bundesrat bei einem solchen Besuche ein Wörtlein mitzureden hätte. Botschafter Alphand ist doch einzig und allein beim Bundesrate akkreditiert, der die gesamte Eidgenossenschaft nach außen repräsentiert, und hat darum bei den Kantonsregierungen nichts, aber auch gar rein nichts zu tun. Oder meint Herr Alphand am Ende, er habe als Botschafter ein besseres Recht als die gewöhnlichen Gesandten? Das käme schön heraus, wenn die Herren Diplomaten künftighin unter Umgehung des Bundesrates allerlei Fäden mit den einzelnen Kantonsregierungen spinnen könnten! Von Rußland her kann sich Herr Alphand nicht gewohnt sein, mit den Gliedstaaten direkt zu verkehren; dafür hätte sich Genosse Stalin bedankt. Aber auch wir wollen keine übeln Gewohnheiten einreißen lassen.

\* \* \*

Mit einem Gesetzesentwurf „über die Heraussetzung des Mindestalters für den Eintritt in das Erwerbsleben“ tritt der Bundesrat vor die eidgenössischen Räte. Die wichtigste Bestimmung darin lautet: „Die Arbeitnehmer, die in den von diesem Gesetze erfaßten Betrieben beschäftigt werden, müssen das fünfzehnte Altersjahr vollendet haben.“ Dabei will das Gesetz alle Berufsarten in Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr erfassen; nur die Landwirtschaft ist ausgenommen. Immerhin sollen den Jugendlichen vorher schon vom vollendeten dreizehnten Jahre an Botengänge und leichtere Hilfsarbeiten erlaubt sein. Gegenüber der bisherigen Regelung, wonach für den Fabrikarbeiter das vollendete 14. Jahr oder die Absolvierung der Schulpflicht gefordert ist, bedeutet die vorgesehene Neuregelung eine ziemlich einschneidende Änderung. Sie hat nichts geringeres zur Folge, als daß etwa 3500 Jugendliche noch ein volles Jahr vom Arbeitsprozeß zurückgehalten werden, also weder in eine Lehre treten, noch sonstwie Arbeit annehmen dürfen. Wiewohl der eigentliche Grund für die vorgeschlagene Neuordnung in dem Bestreben liegt, die Arbeitslosigkeit zu mindern, so führt der Bundesrat in seiner Botschaft doch auch zahlreiche Gründe sozialer und hygienischer Art zu Gunsten seines Vorschlages an. Er stützt sich dabei vornehmlich auf einen Bericht der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik, betitelt: „Ein Jahr mehr Kindheit“, worin dargelegt wird, daß Ärzte, Psychologen, Berufsberater und Erzieher heute in der Auffassung übereinstimmen, daß die Kinder nicht vor dem vollendeten 15. Altersjahr die Schule verlassen sollten. Erst mit vollendetem 15. Jahre, erklärt der Bericht, sei die Großzahl unserer Kinder im Stande, ohne Schädigungen in das Erwerbsleben einzutreten. Zweifellos war dem schon seit langer Zeit, vielleicht immer so, aber erst die gegenwärtige Arbeitslosigkeit hat dieser Tatsache nun die gebührende Nachachtung verschafft.

Höchst interessant ist, wie das Preis Schreiben der einschlägigen bundesrätlichen Departemente von dem einzelnen Adressaten beantwortet wurde. Von den Kantonen verhielten sich 11 ablehnend und 11 zustimmend; von den Verbänden erklärten sich der Handels- und Industrieverein sowie der Bauernverband negativ, und nur die Arbeitnehmerverbände sowie die Vereinigung für Sozialpolitik sprachen

sich befürwortend aus. Unter den Kantonen ist bedeutsam, daß gerade eine Reihe der wichtigsten, nämlich Zürich, Luzern, Basel und Genf dem Vorhaben des Bundesrates ihre Zustimmung versagten, und daß nur die Kantone mit bereits längerer Schulpflicht ein Jawort einlegten. Besonderes Interesse beansprucht die Antwort des Standes Zürich, die in mehr als einer Hinsicht bedenklich erscheint. Mit recht faulen Ausreden hat sich der doch sonst immer fortschrittlich sein-wollende Kanton Zürich auf den ablehnenden Standpunkt gestellt: Eine Änderung des schon längst zur Änderung reifen Schulgesetzes sei derzeit nicht möglich, der Arbeitsmarkt werde nur in geringer Weise entlastet, die Neuregelung hätte zur Folge, daß Lehrlinge in vermehrtem Maße Hilfsarbeiten verrichten müßten, es könnte zu einer Hemmung der bereits voll entwickelten Jugendlichen kommen, man müsse es dem Einzelfall überlassen, ob der Eintritt ins Erwerbsleben tunlich und angängig sei. Alle diese Gründe sind gesucht und keinesfalls von wesentlichem Gewichte gegenüber den großen Interessen, die auf dem Spiele stehen. Man kann sie um so weniger begreifen, als sie doch vom Kanton Zürich vorgebracht werden, der den Mut aufbringen sollte zu einer großzügigen Haltung. Nur schade, daß die Zürcher Regierung nicht auch die Leitung ihrer Landeskirche über ihre Stellung zu dem Vorhaben des Bundes befragt hat: von dort hätte sie ganz sicher eine begeisterte Zusage erhalten wegen des Religionsunterrichtes, der ja bekanntlich immer am meisten zu leiden hat, wenn Jugendliche vor dem vollendeten 15. Altersjahre ins Erwerbsleben eintreten.

\* \* \*

Denjenigen, welche schon immer zu dem Kadettenunterricht der 14- bis 16-jährigen ein Fragezeichen gemacht oder ihn sogar bekämpft haben, gibt nunmehr ein Vorschlag der Abteilung für Infanterie über die Neuordnung der Vorbereitung auf den Militärdienst vollkommen recht. Dieser Vorschlag, welcher derzeit das Militärdepartement und die Spitzenverbände des Turn- und Schießwesens beschäftigt, sieht nämlich einen regelrechten Kadettenunterricht erst für diejenigen Schweizerjünglinge vor, welche bereits als diensttauglich erfunden worden sind durch die im 19. Altersjahre erfolgte Aushebung. Sicherlich treffen die militärischen Organe damit das Rechte, denn was vorher in bewaffneten Kursen geschieht, artet nur allzuleicht in bloße Spielerei aus, und das Waffenh Handwerk ist eine zu ernste Angelegenheit, als daß es von halbwüchsigen Buben nachgeahmt werden dürfte.

Der genannte Vorschlag geht von dem Gedanken aus, daß die eigentlichen Rekrutenschulen nicht hinreichen für eine genügende Ausbildung unserer Soldaten, wenn ihnen nicht eine ausgedehnte Vorbereitung vorausgeht. Bisher hatte man ja den freiwilligen Turnerischen Vorunterricht und die Jungschützenkurse als Fortsetzung des obligatorischen Schul- und Turnunterrichtes. Jetzt soll aber ein allgemeines Obligatorium Platz greifen für die männliche Jugend nach der Schulentlassung: bis zum 18. Jahre ist ein turnerischer Vorunterricht geplant, vom 17. bis 18. Jahre ein Jungschützenkurs und nach der Aushebung im 19. Jahre ein eidgenössischer Kadettenkurs. Gefahrdrohende Zeiten fordern auch entsprechende Maßnahmen: so wird sich das Schweizervolk dem Notwendigen nicht verschließen. Immerhin muß man in Betracht ziehen, daß die geplante Neuordnung der militärischen Vorbereitung sehr tief in das Leben unserer Jungmännerwelt eingreift, die damit noch um einmal mehr vom Staate erfaßt und ihrem kulturellen Eigenleben (Familie, Kirche, Vereine usw.) entzogen wird. Unseres Erachtens wird der Staat gut daran tun, den Bogen nicht zu überspannen, sondern das Obligatorium auf ein Mindestmaß zu beschränken und für die Absolvierung freie Wahl (des privat zu veranstaltenden) KurSES zu gewähren. Schließlich kommt es doch nur darauf an, ob dann die Rekrutenschule mit der notwendigen Energie durchgeführt wird.

Bülach, am 19. Mai 1937.

Walter Hildebrandt.

## Die große Politik — von Rom aus gesehen.

So wie die ewige Stadt nach dem Willen des Duce, ihres Beherrschers, wieder werden soll zu einem kulturellen Mittelpunkt der alten Welt, wie sie es ehemals war — so erstrebt das Imperium, das nunmehr genau ein Jahr alt ist, zum Zentrum weittragender politischer Entschlüsse, wenn nicht zum Zentrum der europäischen Politik überhaupt zu werden. Der Anspruch, so dargestellt, ist zweifellos groß und zu seiner Verwirklichung wird es noch lange Zeit brauchen; aber Mussolini hat schon vieles fertig gebracht und warum sollte er schließlich nicht auch das noch fertig bringen?

Das eine ist völlig zweifellos: in Rom laufen in gewissem Sinne ebensoviele Fäden zusammen, als von den bekannten Wegen dahinführen und es herrscht in dieser seltsamen Stadt, die manchmal wie ein Museum, manchmal wie ein Ferien- oder Kurort wirkt, ein politischer Betrieb, wie wir ihn in andern Städten — wir nennen Berlin, wir nennen Prag — kaum gesehen haben. In diesem Bienenhaus sich zurecht zu finden, erfordert vorerst eine gewisse Angewöhnung und im weiteren ein emsiges Bestreben, den Blick nüchtern und den Kopf klar zu halten. Es ist übrigens bezeichnend, wie gerade von Rom aus jeweils zahlreiche Gerüchte in die Welt gesandt werden. Was ist z. B. in der Weltpresse über die Pfingstreise Görings nach Venedig nicht alles geschrieben worden! Das Mindeste war der Sonderzug, den irgend einer natürlich schon gesehen hatte, und der Mussolini anlässlich Görings Rückreise zu Hitler bringen sollte. Dann hieß es wieder, daß Göring erneut wichtige Besprechungen in Rom pflegen werde, und die sogenannte große Presse, die manchmal tatsächlich nur in der Sensationsmache groß ist, prophezeite für Pfingsten eine jener großen politischen Überraschungen, in der diesmal die wagemutigen Auguren bereits, wie im Spiegel die Helena, das konfuse Problem Spaniens in irgendeiner — diesmal schrecklichen — Personifikation erkennen wollten. Da wir gerade an Ort und Stelle sind, gingen wir dem Gerücht nach, und es ergab sich, daß die ganze Sensation auf eine ziemlich einfache Tatsache zusammenschumpfte: Göring machte über Pfingsten zwei Tage Ferien und holte seine Frau ab und die „politischen“ Beziehungen beschränkten sich auf das überwältigende Ereignis, daß das italienische Außenministerium, um der diplomatischen Höflichkeit zu genügen, einen Beamten nach Venedig delegierte, der der Frau Ministerpräsident im Namen des Außenministers einen Blumenstrauß überreichte!

Dann hieß es wieder, der deutsche Kriegsminister v. Blomberg werde unmittelbar nach Abschluß der Krönungsfeierlichkeiten, also ungefähr am 15. Mai, in Rom eintreffen, nachdem sein Besuch schon auf April angekündigt gewesen war. Tatsache ist, daß Blomberg heute noch, 10 Tage später, englische Tanks besichtigt, wie man aus jeder illustrierten Zeitung entnehmen kann, und es mit dem römischen Besuch gar nicht so eilig hat.

Man macht sich kaum einen Begriff davon, wie schädlich im Grunde diese Sensationsmache nicht etwa nur, und das ist manchmal direkt ihr Zweck, für gewisse zwischenstaatliche Beziehungen, sondern vielmehr für die politische Atmosphäre Europas überhaupt ist. Wenn die Ministerien und die fremden Botschaften die halbe Zeit darauf verwenden müssen, Falschmeldungen richtigzustellen oder maßlose Übertreibungen abzubauen und die Dinge auf ihren wirklichen Gehalt zurückzuführen, dann fehlt naturgemäß die entsprechende Zeit für andere Arbeit und es fehlt dann den betreffenden Stellen oft die Ruhe und die ungereizte Einstellung, um den schweren Problemen mit Erfolg auf den Leib zu rücken.

Diese beiden von uns erwähnten Sensationsmeldungen verfolgten im übrigen den ganz bestimmten Zweck, einerseits den beiden Mächten der nord-südlichen Achse die Initiative zu unangenehmen europäischen Überraschungen zuzuschreiben und sie damit zu diskreditieren; — andererseits wieder sollte versucht werden, dadurch,



die Möglichkeit oder sogar die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Achse, speziell auf das militärische Gebiet, darzulegen. Beides ist völlig verfehlt.

In allen politischen Kreisen Roms, die wir erreichen konnten, ist man von der vorläufigen Beständigkeit der Achse überzeugt und kein ernstzunehmender Mensch zweifelt auch nur einen Augenblick daran, daß die Politik Deutschlands und Italiens auf absehbare Zeit hinaus eine gemeinsame Linie verfolgen werde. Im Palazzo Farnese, dem Sitz der französischen Botschaft, ist man von dieser Tatsache keineswegs überrascht und man betont dort geflissentlich, daß kein Zweifel an der Haltbarkeit der Achse bestehen könne. Man hat aber durchaus das Gefühl, daß die Tatsache dort gar nicht besonders tragisch genommen wird; man rechnet einerseits mit den Wechsellagen, welche der Lauf der Zeit stets mit sich zu bringen pflegt und betont im übrigen die vortrefflichen Beziehungen Frankreichs zu England, welche es Frankreich erlauben, die weitere Entwicklung mit einer gewissen Ruhe abzuwarten. Auch über die weitere Entwicklung im Donauraum und in den Bezirken der Kleinen Entente scheint man im Palazzo Farnese wenig besorgt; einerseits rechnet man damit, daß gewisse Staaten, wie Jugoslawien und Rumänien im Laufe der Zeit die versuchte Annäherung an den deutsch-italienischen Block aus Gründen ihrer eigenen Erhaltung widerrufen werden, andererseits spielt auch hier nach jenem Urteil die gemeinsame Politik der Westmächte eine mehr und mehr entscheidende Rolle. Tatsache ist, daß sich dieser Einfluß seit langer Zeit zum ersten Mal im Raume der Ostpolitik kürzlich recht deutlich abgezeichnet hat, indem eine gemeinsame D  marche der französischen und der englischen Regierung durch ihre Vertreter in Bukarest Rumänien in letzter Minute von einer bereits beabsichtigten Schwenkung auf die Berlin-römische Achse und ihre jugoslawische Abzweigung deutlich abgehalten haben. Man wird kaum fehl gehen, wenn man das Gewicht der Argumente der Westmächte in diesem Falle auf wirtschaftlichem und finan  ziellen Gebiet sucht.

Leider ist es uns nicht möglich, den Inhalt gewisser Gespräche und damit den gewonnenen effektiven Gesamteindruck in allen Teilen wiederzugeben. Die Gesamtlage der europäischen Machtstellungen zu Ende dieses Monats lässt sich aber nach den gewonnenen Eindrücken ungefähr folgendermaßen umreißen:

Die englisch-französische Koalition ist für absehbare Zeit eine ebenso unumst  bliche Tatsache, wie die Achse Rom-Berlin. Dabei ist es im einen wie im andern Fall ziemlich unwesentlich, ob Abmachungen militärischer Natur bereits bestehen oder nicht; die Gemeinsamkeit der Interessen würde gegebenenfalls auch gemeinsames aktives Handeln zur Folge haben — eine Möglichkeit, die aber, und zwar von beiden Seiten aus gesehen, zur Zeit wenig wahrscheinlich ist. Die beiden Blöcke sind also tatsächlich bereits vorhanden, und was man befürchtete, ist damit eingetreten. Zur Zeit scheint es, daß die beiden Gruppen sich durchaus die Waage halten. Keiner von beiden gelingt es z. B., im Osten durch ein machtpolitisches Ubergewicht den Erfolg greifbar an sich zu ziehen — Beweis genug dafür ist die heillose Verwirrung und absolute Orientierungslosigkeit, die zur Zeit im ganzen Donaubezirk bemerkbar ist, wenn man von der Tschechoslowakei absieht. Diese wird, solange Herr Benesch im Pala  st des Gradschin residiert, die westliche Orientierung beibehalten. Die andern Länder aber in diesem Bezirk wissen zur Zeit nicht recht, unter welches Herrn Tisch sie sich begeben sollen, um im richtigen Moment die richtigen Brosamen aufzulesen, die dann herunterfallen m  chten. Hier sticht vor allem Österreich hervor. Der   sterreichische Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Schmidt, hat sich bei erster Gelegenheit nach der Konferenz von Venedig nach London begeben, um im Rahmen der Krönungsfeierlichkeiten wieder ein gewisses Gleichgewicht nach Westen hin herzustellen, und in der gleichen Linie liegt natürlich sein Besuch in Paris. Rumänien ist, wie wir bereits ausführten, auch wieder schwankend geworden, während andererseits Jugoslawien, in der Hauptsache wohl infolge der großen da-



mit verbundenen wirtschaftlichen Vorteilen (Ausfuhr seiner Agrarprodukte), eher auf die Linie Nord-Süd einschwenken will.

Der machtpolitische Zuwachs, den Frankreich durch die Zusammenarbeit mit England tatsächlich erreicht hat, ist, alles in allem genommen, beträchtlich, was sich in der bevorstehenden Liquidierung des spanischen Konfliktes ebenfalls zeigen dürfte — mindestens ebenso beträchtlich ist aber auch das Opfer, das Frankreich dafür bezahlt hat. Wir haben aus gut informierter Quelle erfahren, daß die französische Politik heute im Grunde völlig an den Fäden von London geführt wird und Frankreich tatsächlich in weitem Maße die Freiheit seiner Entschlüsse der neuentstandenen Bundesgenossenschaft mit England hat zum Opfer bringen müssen. Inwieweit diese Tatsache als Folge der Innenpolitik des Front populaire gewertet werden muß, bleibe dahingestellt. Die Tatsache selbst bleibt bestehen.

\* \* \*

Die kürzlich ziemlich überraschend eingetretene neue Verschärfung der italienisch-englischen Beziehungen, welche ihren bemerkenswerten Ausdruck im Verbot fast aller englischer Zeitungen in Italien und der Rückberufung aller italienischen Korrespondenten in London gefunden hat, ist effektiv gar nicht so bedeutend, wie man vielleicht auf den ersten Blick hätte annehmen können. Der Grund für diese Vermutung liegt aber keineswegs in einer Veränderung der grundsätzlichen Einstellung Italiens zu England, und wir möchten Jedem, der etwa anderer Ansicht sein sollte, empfehlen, sich gelegentlich mit höheren italienischen Marineoffizieren zu unterhalten und sich den Betrieb im Kriegshafen von Spezia anzusehen. Indessen ist unbestreitbar, daß die Austragung des italienisch-englischen Gegensatzes voraussichtlich, d. h. wenn nicht ein besonderer Umstand eintritt, der den lose sitzenden Hafen zum Ausklinken bringt, noch lange Zeit auf sich warten lassen wird.

Vorerst wird auch von Rom aus eine relative Verständigung mit England gesucht werden, weil ohne diese die Liquidation des spanischen Unternehmens nicht möglich erscheint. Und doch wird, so glauben wir, heute in allen Hauptstädten Europas kaum ein Wunsch sehnlicher gehegt, als der, es möchte die Loslösung aus dem spanischen Abenteuer baldigst gelingen. Wenn alle europäischen Großmächte heute von einer Angelegenheit genug haben, dann ist es die spanische. Es erscheint heute so gut als ausgeschlossen, daß eine der intervenierenden Großmächte auf diesem unglücklichen Territorium auch nur noch den mindesten Erfolg ernten könnte.

Aus diesem Grunde erscheint eine Entspannung der englisch-italienischen Beziehungen vorerst nicht unwahrscheinlich. Auf derselben Linie liegt übrigens eine gewisse Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen; die Parallelität des Vorgehens ist für die Wirksamkeit der Achse bezeichnend. So wie in den letzten Tagen die zeitweise sehr scharfe Polemik der italienischen Presse gegen England verstummt ist, so löste auch der deutsche Botschafter in London durch seine bemerkenswerten großen Empfänge anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten gewisse Spannungen, so daß psychologisch der Boden für eine relative Verständigung bereits geebnet ist.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die Anregung Englands, die ausländischen „Freiwilligen“ zurückzuziehen und zu diesem Zweck zwischen den Parteien einen Waffenstillstand herbeizuführen, auf einen verhältnismäßig unerwartet günstigen Boden gefallen ist — ein neuer Beweis dafür, daß man allseits genug hat. Zweifelsohne wird es ohne große und manchmal sehr ernste Schwierigkeiten keineswegs abgehen, aber die bevorstehende Liquidierung des Konfliktes erscheint doch aus manchen Gründen sehr wahrscheinlich, und wir glauben nicht, daß das „Jusqu'au bout“-Geschrei, das aus Salamanca und Valencia ertönt, besonders ernst genommen zu werden verdient. Wir sprachen vor einigen Tagen einen italienischen Marineoffizier, der mit seinem Kriegsschiff vor

noch nicht langer Zeit Cadix angelaufen hat. Er nannte uns unverhohlen den Grund der Enttäuschung für alle Interventionisten: daß auf die weißen genau wie auf die roten Spanier einfach kein Verlaß ist — eine Tatsache, die sich übrigens in der Schlacht an der Guadalupe-Front zur Evidenz bestätigt hat.

\* \* \*

Die englischen Krönungsfeierlichkeiten sind entsprechend dem hohen inneren Gehalt, der ihrem konstitutionell-demokratischen Gedanken zugrunde liegt, mit ernster Feierlichkeit und ohne jede Trübung der Freude des Volkes abgewickelt worden. Damit ist gewissermaßen der letzte endgültige Schlußpunkt unter eine Affäre gesetzt worden, die unter dem Stichwort „Herzog von Windsor“ als unrühmlicher, eher lächerlicher Beitrag in die Weltgeschichte eingehen wird und außer einigen ewigen Reportern und sonstigen Berufsensationisten interessiert sich auf der ganzen Welt, wenn nicht in Amerika, bestimmt kein Mensch mehr um die am 3. Juni stattfindende Hochzeit. Damit ist zugleich der Beweis geleistet für die Größe der staatsmännischen Haltung eines Baldwin, der durch zielbewußtes, aber geschmeidiges Handeln ein schweres Unheil von Großbritannien abgewendet hat. Wenn er in diesen Tagen seinen Abschied nimmt, um seinen Platz an Neville Chamberlain abzutreten, so wird die Welt seiner Verdienste auch in diesem Punkte gedenken.

Inzwischen ist in London im Anschluß an die Krönungsfeierlichkeiten die britische Reichskonferenz eröffnet worden, die sich in erster Linie mit dem Problem der Reichsverteidigung wird befassen müssen. Die Wiederherstellung der Macht Englands ist in vollem Gange und die ersten Eindrücke von der Konferenz lassen erkennen, daß auch die Dominions gewillt sind, das ihre zur Verteidigung des Reiches in verstärktem Ausmaß beizutragen. Außerdem dürfen gewisse Anzeichen, die aus dem Stillen Ozean kommen, nicht übersehen werden. Man hat den Eindruck, daß Japan versuchen wird, eine Wiederauffrischung der Vorkriegsbeziehungen zu England ganz oder teilweise zu erreichen, ein Vorgang, dessen Ausstrahlungen über Asien hinweg bis ins Zentrum Europas fühlbar werden müßten. Es scheint auch, daß sowohl Australien wie Neuseeland ihren Widerstand gegen eine englisch-japanische Annäherung aufzugeben gewillt sind, sofern gewisse Kautelen gegen eine allzu große wirtschaftliche Expansion der Japaner gegeben werden. Bei der heutigen machtpolitischen Lage Japans, dessen beschränkte wirtschaftliche Kraft durch eine ungehemmte Militärpolitik beinahe bis zum letzten Blutstropfen ausgezogen worden ist, wäre die Möglichkeit nicht unbedeutender Konzessionen Japans keineswegs von der Hand zu weisen — die Berufung des früheren Botschafters in Paris, Sato, der ein Gegner des deutsch-japanischen Abkommens ist, zum Außenminister scheint irgendwie auf eine Schwenkung hinzuweisen.

Selbstverständliche Voraussetzung der Verwirklichung eines solchen Planes ist aber zweifellos das Einverständnis der Vereinigten Staaten, auf deren Zusammenarbeit auch im Rahmen der weiteren Politik England, im Verein mit Frankreich, entscheidendes Gewicht legen dürfte.

\* \* \*

Die Stimmung Italiens gegenüber dem Völkerbund ist tatsächlich noch bedeutend kühler, als wir nach gewissen Informationen erwartet hatten. Es ist vorläufig nicht daran zu denken, daß Italien sich irgendwie an den Arbeiten des Völkerbundes beteiligt, solange nicht der abessinische Streitfall endgültig erledigt ist und eine Einladung an Italien ergeht, über deren Annahme aber auch dann noch niemand etwas Positives wird sagen können. In diesem Zusammenhang sei noch auf die jüngste Rede des Ministerpräsidenten von Irland, de Valera, verwiesen, der die Möglichkeit des bevorstehenden Austritts Irlands aus

dem Völkerbund deutlich ins Auge faßte, mit der ebenso lapidaren wie treffenden Begründung, daß der Völkerbund die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen könne!

Rom, Ende Mai 1937.

Jann v. Sprecher.

# Kultur- und Zeitfragen

## Bemerkungen zum Tage.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ ruft Edwin Arnet, dessen ungemein frische und menschliche Artikel wohl jeder Leser dieses Blattes mit Freude begrüßt, zu einem nationalschweizerischen Film anlässlich der Landesausstellung auf. Er weist auch gleich die Idee zurück, es müßte sich da um ein Konglomerat von Reklamen für Kurorte oder Wirtschaftsverbände handeln, und deutet eine Linie an, auf welcher in tieferer und organischerer Weise die Staats- und Kultur-Idee der Schweiz künstlerisch und werbend verkörpert werden könnte. Uns will dünken, daß so viel besser auch die Aussichten einer so angepackten Aufgabe gegenüber früheren Versuchen dieser Art wären, es noch zu früh für die ganze Sache ist. Es ist schon ein beträchtlicher Fortschritt, wenn nicht mehr Genüge darin gefunden wird, den blöden Hirtenknaben jodelnd und in bunter Tracht auftreten zu lassen, und dann, wenn das sein Wesen noch nicht genügend herausstellt, ihn gegen einen maulfertigen und unverschämten Berliner abzuheben, der ihn zunächst an die Wand drückt, schließlich aber doch gebührend aufs Dach bekommt. Uns scheint, ein nationaler Werbefilm könnte nur mit großer Behutsamkeit und ohne allzu scharf pointierendes Bewußtsein allmählich herausentwickelt werden aus einer reichen und unbefangenen, ohne Zweckgesichtspunkte Kunst gewordenen Hingabe an das unerschöpfliche Reich des rein Menschlichen — eine Hingabe, welche den andern überläßt, ob sie nun als eine spezifisch schweizerische festgestellt wird oder nicht. Nichts ist sicherer, als daß mit dem unaufhörlichen Dazwischenfahren der „Geistigen Landesverteidigung“ die Quelle des wirklich schöpferischen Geisteslebens mehr und mehr verstopft wird.

\* \* \*

Die „Verteidigung der Demokratie“, zweifellos ein lebenswichtiges Anliegen der Schweiz, kann nur einigermaßen fruchtbar von statten gehen, wenn man sich in den Kreisen, die sich dazu berufen fühlen, ganz besonders streng an die Tatsachen hält. Das geschieht hier aber teilweise nicht. Zwei Beispiele dafür seien angeführt, beide aus einer Zeitung, die, mag man sich sonst zu ihr stellen wie man will, jedenfalls nicht die erste beste ist. Die Basler „National-Zeitung“ schrieb in Nr. 123: „... da wie bekannt religiöse Schriften, die irgendwie dem Machthaberkreis widerwärtige Gedanken enthalten, rücksichtslos verboten und beschlagnahmt werden.“ Es handelt sich um Deutschland. Natürlich soll nicht geleugnet werden, daß die orthodox-christlichen Kreise daselbst in ihrer Publizistik und Werbetätigkeit erheblich eingeschränkt sind, stärker eingeschränkt als die deutschgläubigen und deutsch-christlichen. Trotzdem ist der angeführte Satz einfach falsch. Jeden Tag erscheint in Deutschland eine Fülle von Büchern, Broschüren, Zeitschriften, als Flugblatt gedruckten Predigten usw., in welchen mit großer Schärfe die Lehren der rechtgläubigen Kirchen, die Zurückweisung der Blut- und Boden-Ideen, die Verteidigung des Alten Testaments, die Verkündigung des Erbsündegebanten, die Abweisung der Staatseingriff und viele andere Dinge gegeben werden, welche zweifellos den herrschenden Kreisen herzlich widerwärtig sind. Und diese Veröffentlichungen werden mit geringen Ausnahmen weder verboten noch beschlagnahmt. — In Nr. 187